

## **Stellungnahme des SPD-Ortsvereins Guntersblum zur bevorstehenden Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) des Landes Rheinland-Pfalz**

Die bevorstehende Kommunal- und Verwaltungsreform sieht vor, die VG Guntersblum mit einer anderen Verbandsgemeinde innerhalb des Landkreises zu fusionieren. Bereits schon bei dieser Aussage müssen sich die Vertreter der anderen Gruppierungen im Gemeinderat den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie die Realität verwässern indem Sie die Fusion als **Zwangsauflösung unserer VG** interpretieren. Das ist Falsch !!!

Bei einer **Fusion** schließen sich mindestens zwei rechtlich selbstständige Unternehmen zu einer wirtschaftlich und rechtlich neuen Einheit zusammen.

Von der Auflösung unserer VG und einer damit verbundenen Zerschlagung der Ortsgemeinden in alle Himmelsrichtungen war nie die Rede.

In der freien Wirtschaft haben sich solche Maßnahmen bereits bestens bewährt. Warum also nicht auch in den Verwaltungs- und Kommunalstrukturen.

Dass mit einer Fusion auch Veränderungen verbunden sind ist unvermeidlich, führt aber auch zu Synergieeffekten. **Diese gilt es zu nutzen.**

Um Irritationen zu vermeiden hat die SPD-Fraktion in der Sitzung des Ortsgemeinderates Guntersblum am 28.05.2009 einen Antrag eingebracht, der die Gründung eines innerparteilichen Forums zum Inhalt hat. Innerhalb dieses Kreises sollte eine ergebnisoffene Diskussion geführt werden, um nach Abwägung aller Alternativen und Optionen einen Konsens über die Formen der künftigen Verwaltungsstruktur zu erreichen.

Unser eingereichter Antrag ist bis heute weder in den Ausschüssen noch im Gemeinderat behandelt worden. Die Gründe hierfür sind uns nicht bekannt. Stattdessen verschließen die Anhänger der FWG, CDU und auch die der Grünen ihre Augen und versuchen mit Argumenten wie „... das wollen wir nicht ...“, und Protestaktionen die Bevölkerung zu verunsichern.

**Mit dieser Blockadehaltung kommt Guntersblum keinen Schritt weiter.**

Das Land Rheinland-Pfalz hat den betroffenen Kommunen eine „Freiwilligkeitsphase“ bis 2012 in Aussicht gestellt, in der die Voraussetzungen und Forderungen der Kommunen diskutiert werden können. Leider haben die politischen Gruppierungen in der Gemeinde Guntersblum uns bisher ihre Diskussionsbereitschaft verweigert. Wir meinen, es ist inzwischen höchste Zeit geworden einen Anforderungskatalog für eine eventuelle Fusion zu erstellen.

**Der SPD-Ortsverein Guntersblum könnte sich den Inhalten der bevorstehenden Kommunal- und Verwaltungsreform nur dann anschließen, wenn in der Bilanz für die Ortsgemeinde Guntersblum und somit auch für ihre Einwohner und Bürger ein klares Plus zu verzeichnen ist.**

**Unsere Bedingungen sind:**

- Erhalt der Ortsgemeinde Guntersblum mit ihrer freien kommunalen Selbstverwaltung in der örtlichen Gemeinschaft
- Erhalt einer künftigen leistungsstarken und bürgernahen Verwaltungsstruktur mit kurzen Wegen für die Einwohner durch ein Bürgerbüro.
- Reduzierung der Deichrückverlegungsfläche auf ein für die Ortsgemeinde Guntersblum erträgliches Maß bei gleichzeitiger Ertüchtigung des bestehenden Deiches.
- Durchführung einer für die Eigentümer kostenneutralen Bodenordnung im Bereich der Deichrückverlegung zur Verbesserung der Agrarstruktur.
- Nachweis der aus der Reform erwachsenden Einsparungen.
- Sozialverträgliche Stellenverlagerung auf umliegende Verwaltungseinheiten.
- Kostenübernahme des Landes hinsichtlich der bevorstehenden Bahnsteigerhöhung in Guntersblum.
- Garantie zum Erhalt der Grundschule in Guntersblum.
- Dauerhafte Erhaltsgarantie der Wohnsiedlung im Ortsteil „Rheindamm“ incl. Bootshaus.
- Finanzielle Unterstützung für den dauerhaften Erhalt der für Guntersblum touristisch wichtigen Fährverbindung zur Insel Kühkopf.
- Kostenübernahme für die Sanierung des Bechtheimer Kanals.
- Kostenübernahme für die Sanierung der K 43 (Rheinstraße).
- Zusicherung einer Pro-Kopf-Pauschale von mindestens 150,00 €/Einwohner für die Ortsgemeinde Guntersblum (insgesamt ca. 600.000,00 €).
- Kostenübernahme des Landes für evtl. erforderlich werdende Umbaumaßnahmen am jetzigen Rathaus für Folgenutzungen.

Der vorgenannte Katalog stellt unserer Auffassung nach eine erste Diskussionsgrundlage dar, den wir auch gerne mit allen Interessierten Einwohnern und Bürgern unserer Gemeinde offen diskutieren, erörtern und gegebenenfalls auch erweitern möchten.

Diese erarbeitete Grundlage sollte dann Basis für Gespräche mit dem zuständigen Ministerium sein.

**Sofern Sie die Zukunft unserer Gemeinde mit gestalten wollen, zögern Sie nicht und sprechen Sie uns an.**

**Wir stehen für ein lebens- und liebenswertes Guntersblum !**